



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

An den Grossen Rat

05.8428.02

WSD/P058428

Basel, 14. Mai 2008

Regierungsratsbeschluss
vom 13. Mai 2008

Anzug von Emmanuel Ullmann und Konsorten betreffend Förderung von grossem Wohnraum

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 19. Januar 2006 den nachstehenden Anzug von Emmanuel Ullmann und Konsorten dem Regierungsrat zum Bericht überwiesen:

"Zu den Aufgaben der staatlichen Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten gehört u.a. die Begutachtung von Wohnobjekten

- a) bei der bewilligungspflichtigen Benützung von Wohnungen zu anderen als Wohnzwecken sowie
- b) bei vollständigem oder teilweise Abbruch von Häusern, die vorwiegend Wohnzwecken dienen.

(vgl. Gesetz und Verordnung über Abbruch und Zweckentfremdung von Wohnhäusern vom 20. November 1975).

Dieses Gesetz wurde zu einem Zeitpunkt erlassen, als der Kanton die höchste Bevölkerungszahl seiner Geschichte zu verzeichnen hatte. Entsprechend wichtig war der Erhalt von – insbesondere preisgünstigem - Wohnraum (vgl. oben erwähntes Gesetz, Einleitungssatz).

Heute hat sich die Situation jedoch wesentlich geändert: Die Bevölkerungszahl ging zurück, gleichzeitig stieg die Anzahl Wohnungen seit 1970 um über 10 % auf 104'399 Wohnungen. Mit dem Ziel, preisgünstigen Wohnraum zu erhalten, erschwert das Gesetz jedoch die Schaffung von grosszügigen (und teureren) Wohnungen für Familien und gute Steuerzahler. Deshalb verwundert es nicht, dass die Anzahl Wohnungen mit 6 Zimmern und mehr seit 1970 um 235 Einheiten auf 5'388 Wohnungen abgenommen hat (Quelle: www.statistik-bs.ch). Auch wird Investoren die Möglichkeit erschwert, statt Wohnhäusern Geschäftsräumlichkeiten zu bauen. Dies kann im schlimmsten Fall zur Abwanderung der Unternehmungen aus dem Kanton führen.

Vor diesem Hintergrund wird der Regierungsrat gebeten zu prüfen und zu berichten,

- ob das Gesetz und die Verordnung über Abbruch und Zweckentfremdung von Wohnhäusern vom 20. November 1975 angesichts sinkender Bevölkerungszahlen noch zeitgemäss ist;
- ob Massnahmen ergriffen werden können, um die Schaffung von grossem Wohnraum zu fördern."

Emmanuel Ullmann, Rolf Stürm, Giovanni Nanni, Roland Vögtli, Arthur Marti, Urs Schweizer, Michel Remo Lussana, Christine Locher-Hoch, Stephan Gassmann, André Weissen, Dieter Stohrer, Peter Zinkernagel, Markus G. Ritter, Christian Egeler, Joël Thüring, Daniel Stolz, Lukas Engelberger, Felix W. Eymann, Christine Heuss, Conradin Cramer, Sebastian Frehner"

Wir berichten zu diesem Anzug wie folgt:

Am 12. Januar 2008 hat der Basler Mieterverband eine Wohnschutzinitiative eingereicht. Die Initiative sieht den Erlass eines Gesetzes mit der Bezeichnung "Gesetz zur Sicherung eines genügenden Angebots an bezahlbaren Mietwohnungen (Mietwohnschutzgesetz)" vor, welches das Gesetz und die Verordnung über Abbruch und Zweckentfremdung von Wohnhäusern vom 20. November 1975 ausser Kraft setzen würde. Bevor über die Initiative abgestimmt worden ist bzw. über den Weiterbestand des Gesetz über Abbruch und Zweckentfremdung von Wohnhäusern Klarheit herrscht, ist es nicht sinnvoll, den Anzug zu beantworten.

Wir beantragen Ihnen daher, den Anzug von Emmanuel Ullmann und Konsorten betreffend Förderung von grossem Wohnraum stehen zu lassen.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Marco Greiner
Vizestaatschreiber